

Der Umgang mit dem „Holocaust“ in der Bundesrepublik Deutschland

Ulrich Herbert

Nach dem Kriege fehlten sowohl im bürgerlichen Publikum als auch bei den universitären Historikern beinahe alle Voraussetzungen, um sich mit der Geschichte der nationalsozialistischen Massenverbrechen als einem für einen deutschen Akademiker angemessenen Gegenstand auseinanderzusetzen. Dafür sind verschiedene Gründe maßgebend, für die der Begriff „Verdrängung“ eine unzureichende Zusammenfassung darstellt. Zum einen, das ist das Naheliegende, waren so viele gerade unter den akademisch Ausgebildeten in Deutschland in direkter oder indirekter Weise mit dem NS-Regime verbunden gewesen, daß sie ein starkes Interesse daran hatten, daß die Auseinandersetzung mit der Geschichte der NS-Diktatur und in ganz besonderer Weise mit der Massenvernichtungspolitik gegenüber den Juden möglichst zurückgedrängt wurde.

Zum zweiten sind, wie Martin Broszat treffend formuliert hat, „für die an erhabene Geschichtsideen gewöhnte Sprache und Reflexion des Historismus ... Massenexekutionen und Gaskammern ein ‚Stilbruch‘ der Geschichte, über den man schnell hinwegzukommen versucht.“ Auch dies gilt für die Geschichtswissenschaftler ebenso wie für die Leser ihrer Bücher und ist ein bis heute zu konstatierendes Phänomen.

Drittens aber standen selbst für Gutmeinende die Nachkriegsberichte über die Judenvernichtung lange unter dem Verdacht der alliierten oder gar der jüdischen (für viele war das dasselbe) Propaganda. Denn nachdem die Propagandaschlachten des Ersten Weltkrieges und die alliierten Berichte über die Hunnen, die belgischen Kindern die Hände abschlugen, noch gut in Erinnerung waren, fielen nach dem Zweiten Weltkrieg auch die Berichte sowie die ersten, vorwiegend von Juden verfaßten Bücher über die Massenmorde im Osten unter diesen Vorbehalt - oder wurden nach dem Muster „Krieg ist immer schrecklich“ relativiert. Dabei die eigenen Wahrnehmungen, die während des Krieges Einzelheiten des Geschehens in geringer oder in großer Zahl erfaßt haben, als Zufälle oder einzelne Beobachtungen stehenzulassen und nicht in den Zusammenhang des allmählich vor und nach Kriegsende Gehörten oder Gelesenen einzubinden, das bezeichnet exakt den Vorgang der Verdrängung. Sich hingegen mit einem solchen Gegenstand wissenschaftlich zu beschäftigen, der so offensichtlich im Zwielficht von Propaganda und Gerücht, Kolportage und Denunziation und überdies in Bezug auf die Quellen unter alliierter Kuratel zu stehen schien,

war selbst solchen Zeitgenossen suspekt, die dem Nationalsozialismus keine Sympathien entgegenbrachten oder gebracht hatten; und von dieser Art gab es unter den westdeutschen Universitätslehrern der Nachkriegsjahre nicht sehr viele. Schließlich viertens: Derjenige aber, der in den Nachkriegsjahren in Westdeutschland lebte, der von den Judenvernichtungen gehört hatte und sich über den Charakter des NS-Regimes im Klaren war, neigte in der Regel durchaus nicht dazu, darüber intensive Lektüre zu betreiben, sondern sich vielmehr aktiv und öffentlich dafür einzusetzen, daß, wie die bald entstandene Standardfloskel lautete, „sich derartiges nie wiederhole“. So können wir beobachten, daß auch die Gegner und Verfolgten des NS-Regimes in den 50er Jahren nur wenig Interesse zeigten, sich - jedenfalls öffentlich - mit der Geschichte der NS-Diktatur und ihren Verbrechen genau und unerbittlich auseinanderzusetzen. Wer sich also mit dem Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft und ihrer Historiker zum "Holocaust" beschäftigt, tut gut daran, solche Ausgangsbedingungen, unterschiedliche Motivationen und Interessen zu berücksichtigen, die hierbei mit ausschlaggebend waren. Eine ausschließlich moralisch-bewertende Sichtweise hingegen sagt vermutlich mehr über den von dem Betrachter gern angestrebten Platz innerhalb dieses Prozesses als über den Prozeß selbst aus.

Die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ermordung der europäischen Juden hat in Westdeutschland (übrigens auch in der DDR, auf die ich hier nur am Rande eingehe) spät eingesetzt. Sie konzentrierte sich zunächst vor allem auf solche Aspekte, die insbesondere im Zusammenhang mit der nach dem Kriege aufgekommenen „Kollektivschuldthese“ standen: auf den konservativen Widerstand, um die Existenz des „anderen Deutschlands“ nachzuweisen, und auf die SS, die gleichsam aus der deutschen Gesellschaft herausinterpretiert und als Residualkategorie des Abnormen für die Massenverbrechen allein verantwortlich gemacht wurde. Zugleich half die Betonung der Allmacht von SS und Sicherheitspolizei auch den ausgebliebenen Widerstand aus dem Volke erklären und wirkte so wie ein Schutzschild gegen alle erhobenen oder befürchteten Vorwürfe gegen die Deutschen. Darüber hinaus wurden die Deutschen in diesen Jahren vor allem als Opfer der Entwicklung gezeichnet - als Opfer der Bombenangriffe und der Vertreibung; aber auch als Opfer einer Diktatur, die über die Deutschen wie über Feindesland gekommen sei.

In der ersten Phase des hier zu skizzierenden Prozesses, der vom Kriegsende bis etwa 1957 reicht, dominierten, was westdeutsche Historiker betrifft, einzelne Quelleneditionen sowie

kurze Aufsätze und Essays über die Judenvernichtung. In der öffentlichen Wahrnehmung aber verbanden sich damit eher die Bilder von der Befreiung der Konzentrationslager Bergen-Belsen, Buchenwald oder Dachau - und nicht Massenerschießungen in Riga oder Massenvergasungen in Auschwitz. Dadurch aber war der Vorgang des Massenmords als ein geheimes Geschehen in abgesperrten Sonderzonen „im Osten“, zu denen kein Zeuge Zugang besaß, konstituiert.

Die zweite Phase reicht etwa von 1958 bis 1972. An ihrem Beginn standen zwei Entwicklungen. Zum einen gewann die Frage nach den nationalsozialistischen Massenverbrechen und dem Verhältnis der westdeutschen Gesellschaft dazu durch die sogenannten Kölner Synagogenschändungen¹, den Ulmer Einsatzgruppenprozeß², den Jerusalemer Prozeß gegen Eichmann und den Frankfurter Auschwitz-Prozeß in kurzer Zeit eine erhebliche Brisanz. Innerhalb weniger Jahre wurden nun die nationalsozialistischen Massenverbrechen zu einem wichtigen, seit Anfang der 60er Jahre sogar zu einem der wichtigsten innenpolitischen Themen in der Bundesrepublik; befördert durch ausführliche und genaue Berichterstattung über die genannten Prozesse in der Presse und auflagenstarken Büchern, aber auch durch immer neue Skandale über die Verstrickung von führenden westdeutschen Politikern in das NS-Regime, die nicht zuletzt durch die Braunbücher aus der DDR in Gang gebracht worden waren. Zum zweiten war mittlerweile eine neue Generation herangewachsen, deren Fragen nach der Geschichte des Nationalsozialismus, vor allem nach der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik drängender wurden, und die nicht mehr eingebunden war in das Verschwiegenheitskomplott der älteren Generation. Zugleich trat aber auch eine neue Generation von Historikern auf den Plan, die am Institut für Zeitgeschichte in München wie anderswo intensiv über das NS-Regime und seine Verbrechen geforscht hatten, die nun vor den Gerichten als Gutachter auftraten und Anfang der 60er Jahre ihre Ergebnisse in Buchform vorlegten. Einen ersten Höhepunkt fand diese Entwicklung mit den Gutachten für den Auschwitz-Prozeß, die unter dem Titel „Anatomie des SS-Staates“ erschienen. Die darin enthaltenen Studien von Krausnick über die nationalsozialistische Judenverfolgung und -vernichtung, von Broszat über das KZ-System, von Buchheim über SS und Polizei sowie

¹ Anm. d. Red.: In der Nacht vom 24. auf den 25. Dezember 1959 wurde die Kölner Synagoge geschändet, was zu einer Welle rassistischer Aktionen (auch im Ausland) führte: bis zum 28. Januar 1960 wurden allein in der Bundesrepublik 470 antisemitische bzw. neonazistische Vorkommnisse gezählt.

² Anm. d. Red.: An den Massenerschießungen von Juden im Grenzgebiet zwischen Litauen und dem Deutschen Reich beteiligte sich das aus Tilsiter Gestapo- und SD-Angehörigen gebildete Einsatzkommando Tilsit. Auch Polizisten der Memeler Polizei leisteten ‚Amtshilfe‘. Der Prozeß gegen einige der Täter in Ulm war 1958 der erste seiner Art und erregte großes Aufsehen. Jetzt endlich wurde eine zentrale juristische Erfassungsstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg eingerichtet, und deutsche Staatsanwälte fahndeten nach den Mördern.

Jacobsen über den Kommissar-Befehl analysierten Motivation, Struktur und Vorgehensweise der NS-Regimeführung ebenso nüchtern wie eindrücklich. Diese Studien haben den Kenntnisstand über die NS-Vernichtungspolitik über Jahrzehnte markiert und bestimmt, und es brauchte lange, bis dieses wissenschaftliche Niveau wieder erreicht wurde.

1969 erschien mit Karl Dietrich Brachers Buch „Die deutsche Diktatur“ die erste wissenschaftliche Gesamtdarstellung des NS-Regimes. Es war in den vorausgegangenen Jahren vor allem das Verdienst Brachers gewesen, daß die Konzentration der westdeutschen Zeitgeschichte auf die Abwehr tatsächlicher oder vermeintlicher Kollektivschuldvorwürfe aufgebrochen und eine kritische, auf rasch wachsende Aktenbestände gestützte Erforschung der Struktur und Politik des Regimes in Gang kam. Daß dabei die Spätphase der Weimarer Republik und die Frühphase des NS-Regimes zunächst im Vordergrund standen, war naheliegend und entsprach auch den Aufklärungsbedürfnissen der westdeutschen Gesellschaft. Die nationalsozialistische Politik gegen die Juden wurde in Brachers Darstellung durchaus ausführlich behandelt; bei der Analyse der Entwicklung nach den Pogromen des November 1938 reduzierte sich die bis dahin so plastische und anspruchsvolle Darstellung auf das Referieren eines wie automatisch ablaufenden Prozesses. Die Massenvernichtungspolitik der Kriegsjahre wird eher konstatiert als untersucht; der Mord an den Juden beansprucht nur 15 von 600 Seiten (in der Ausgabe von 1979). Diese Marginalisierung des Massenmords, die sich in nahezu allen deutschsprachigen Gesamtdarstellungen des „Dritten Reiches“ bis in die späten 80er Jahre findet, widerspiegelt zum einen die Konzentration der Forschung wie der öffentlichen Debatte auf die Frage nach den Ursachen für die „Machtergreifung“, der gegenüber Krieg und Genozid lange Jahre zurückstanden. Andererseits schlug sich darin aber auch der vergleichsweise geringe Grad von differenzierten Kenntnissen über Entstehung und Ablauf des Massenmords nieder, denn der „Holocaust“ hat bis Mitte der 80er Jahre nie zu den Forschungsschwerpunkten der deutschen Zeitgeschichte gehört - obwohl am Ende dieser Entwicklungsphase mit Adams „Judenpolitik“ ein gewichtiges und innovatives Werk stand, das erste eines westdeutschen Autors, in dem der politische Entscheidungsprozeß zum Mord an den Juden so detailliert untersucht und die bis dahin allgemein geteilte Auffassung, der Judenmord sei langfristige Kalkül und klarer Befehlsgebung Hitlers gefolgt, in Frage gestellt wurde.

Es ist kein Wunder, daß die besten der Arbeiten aus diesen Jahren bis heute immer wieder aufgelegt werden; denn in der darauf folgenden Phase bis Anfang der 80er Jahre ist nurmehr wenig erschienen, was in bezug auf Informiertheit und analytisches Niveau dem gleichkam. Auf der anderen Seite waren aber auch die Defizite dieser Forschungsphase bald

unübersehbar. Denn die Suche der Staatsanwälte nach eindeutigen Taten und Tätern, nach Befehlen und ihrer Ausführung, nach individuell bemeßbarer Schuld und Verantwortung führte auch bei vielen der mit ihnen kooperierenden Historikern zu einer Konzentration auf die oftmals nur mühsam rekonstruierbaren Entscheidungsprozesse und Widersprüche innerhalb der politischen Regimeführung. Dabei blieben wichtige Bereiche unterbelichtet - zum einen die Perspektive der Opfer, und zwar vor allem derjenigen Opfer, die nicht aus Deutschland stammten: der Juden aus allen von der deutschen Wehrmacht besetzten Ländern, der Bevölkerung Osteuropas sowie der Gruppen, die weder in der Öffentlichkeit noch in der Wissenschaft bis dato als Opfer überhaupt erkannt und anerkannt worden waren, so etwa die „Zigeuner“ oder die sowjetischen Kriegsgefangenen. Dadurch aber kam auch der politische und ideologische Zusammenhang zwischen der Verfolgung und Ermordung der verschiedenen Gruppen von Opfern des NS-Regimes nicht in den Blick.

Zweitens verblieb die Forschung zu dem Geschehen selbst in sicherer Distanz. Die tausende von einzelnen Mordaktionen, Massakern, Erschießungen, Vergasungen, die überall in den Städten und Dörfern Osteuropas von deutschen Einheiten und Behörden betrieben wurden, kamen als Ereignisse mit je einzelnen Vorgeschichten, benennbaren Tätern und Opfern nicht vor. Auf diese Weise jedoch gewannen die Massenmorde den Charakter eines einheitlichen und zentral gelenkten, zugleich aber auch abstrakten, herkömmlicher Vernunft und Erfahrung nicht zugänglichen Vorgangs.

Und schließlich war, drittens, auffällig, daß selbst in grundlegenden Studien zur deutschen Besatzungspolitik in Europa das Schicksal der Juden kaum am Rande dargestellt wurde - so als handele es sich um einen eigenständigen, mit der deutschen Besatzungspolitik gar nicht in direkter Verbindung stehenden Prozeß. Dadurch aber geriet die Bedeutung der zivilen und militärischen Besatzungsadministrationen bei der Ingangsetzung und Durchführung der „Endlösung der Judenfrage“ ebenso aus dem Blick wie die Rolle der Industrie, der Wehrmacht insgesamt, der Wissenschaft - mit der Folge, daß nach den Zusammenhängen zwischen der deutschen Besatzungsverwaltung in West- und Osteuropa, den vielfältigen Konzepten zur „Neuordnung“ Europas, den dabei verfolgten unterschiedlichen Zielsetzungen und der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden über Jahrzehnte hinweg nicht gefragt wurde.

Hier lagen also die großen Defizite am Ende dieser zweiten Phase, die einer intensiven Erforschung harreten. Aber es kam zunächst anders.

Denn in dem Jahrzehnt zwischen den frühen 70er und den frühen 80er Jahren ging das Interesse der Historiker wie der Öffentlichkeit an der empirischen Erforschung der nationalsozialistischen Massenverbrechen stark zurück. Berücksichtigt man, daß zwischen dem Abschluß eines Manuskripts und seiner Veröffentlichung in Buchform in der Regel ein, zwei Jahre oder mehr liegen, so kann man feststellen, daß in der *dritten Phase* zwischen etwa 1969/70 und Anfang der 80er Jahre in der empirischen Erforschung des Nationalsozialismus im allgemeinen, derjenigen der Judenvernichtung im besonderen eine breite und unübersehbare Lücke klafft. An größeren Monographien zur nationalsozialistischen Vernichtungspolitik sind in diesen Jahren lediglich Hans G. Adlers Untersuchung über die Deportation der deutschen Juden (1974), Falk Pingels „Häftlinge unter SS-Herrschaft“ und Christian Streits große Studie über den Tod von Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen in deutscher Hand (1978) erschienen.

Die konkrete Auseinandersetzung mit der Geschichte des NS-Regimes und seinen Massenverbrechen war seit dem Einsetzen der Studentenrevolte von einer stark politisierten „Faschismusdebatte“ abgelöst worden, deren Ausgangspunkt zunächst die sehr persönlich geführte Auseinandersetzung der jungen Generation mit der Vergangenheit ihrer Eltern und dann die Debatte über die Belastungen der bundesrepublikanischen Gesellschaft durch die Kontinuität der Eliten insgesamt gewesen war. Aber schon bald geriet die rekonstruierbare Wirklichkeit der NS-Vergangenheit in den Hintergrund zugunsten eines immer abstrakteren und synthetischeren Begriffs vom „Faschismus“, als dessen hervorstechende Kennzeichen nicht länger der Genozid an den Juden und überhaupt die Massenverbrechen des NS-Regimes angesehen wurden, sondern etwa - in der verbreiteten Trivialform der These - das Bündnis von Monopolindustrie und Diktatur zur Ausschaltung der deutschen Arbeiterbewegung.

Diese Auffassung korrespondierte eng mit der die Historiographie der DDR beherrschenden Auffassung, wonach auch die rassistische Terror- und Vernichtungspolitik der Nationalsozialisten allein auf die Eroberungs- und Herrschaftspläne des deutschen Imperialismus, letztlich des deutschen Großkapitals, zurückzuführen sei, so daß etwa der Antisemitismus nur noch als Manipulationsinstrument gegenüber der deutschen Bevölkerung angesehen und die Vernichtung der europäischen Juden gewissermaßen als Randphänomen, als bloße „Erscheinungsform“ des deutschen Imperialismus wahrgenommen wurde.

Aber auch die seriöse wissenschaftliche Kontroverse dieser Jahre um die Frage, ob das NS-Regime als *faschistisches* oder als *totalitäres* Regime anzusehen sei, erwies sich im Ganzen

als wenig fruchtbar, weil sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht durch empirische, komparative Studien abgedeckt wurde, sondern auf der Ebene der Systemtheorie verblieb.

Der Versuch, mithilfe des Begriffs des „Faschismus“ die rechtsradikalen, plebiszitär gestützten Regimes der Zwischenkriegszeit komparativ zu erfassen, war ja zunächst durchaus sinnvoll, um überhaupt eine Vergleichsebene herzustellen. Auf lange Sicht aber hatte gerade das für die Beschäftigung mit Deutschland fatale Folgen. Denn der Faschismusbegriff deckte vielleicht und mit etwas Mühe wichtige Elemente der nationalsozialistischen Bewegung vor 1933 und der NS-Diktatur bis 1938/39 ab. Die deutsche Besatzungspolitik in Europa, die Politik der „völkischen Flurbereinigung“ in fast ganz Europa und insbesondere der millionenfache Massenmord an den Juden, an den Bewohnern der besetzten Gebiete in Polen, der UdSSR und Südosteuropas aber waren mit einem Begriff, der für die Verhältnisse im Italien unter Mussolini geprägt worden war und auf die Unterdrückung der einheimischen Opposition und die Wiedererrichtung der Herrschaft der traditionellen Eliten mithilfe massenhafter Gewalt und populistischer Inszenierungen abhob, nicht zu leisten. So stand auch die Linke - nicht nur in Deutschland - den Phänomenen der nationalsozialistischen Massenmorde begrifflich hilflos gegenüber und konnte hierzu kein analytisches, sondern lediglich ein moralisch-empörungsorientiertes Verhältnis gewinnen.

Insgesamt kann man - jedenfalls was die öffentliche Perzeption angeht - die 70er und frühen 80er Jahre durchaus als eine Phase der zweiten Verdrängung bezeichnen. Täter und Tatorte, Helfershelfer und Nutznießer, vor allem aber die Opfer selbst wurden anonymisiert. Die Debatte um die Interpretation des Nationalsozialismus wurde im politischen Rechts-Links-Schema erneut zum Schlachtfeld des Kalten Krieges und zum Objekt eines mehr und mehr posenhaften Entlarvungsgestus. Die mittlerweile zahlreichen, zum Teil hervorragenden wissenschaftlichen Studien, die in den USA, in Israel und Polen über die nationalsozialistische Vernichtungspolitik erschienen waren, fanden in der Bundesrepublik weder Verlage noch Publikum. Raul Hilbergs grundlegende Untersuchung „Die Vernichtung der europäischen Juden“ erschien erst im Jahre 1982 endlich in deutscher Sprache - mehr als 20 Jahre nach der Erstveröffentlichung in den USA. Nun war mit Hilbergs Buch sowie mit der ersten wissenschaftlichen Studie über die Einsatzgruppen in der Sowjetunion das Informationspotential der westdeutschen Öffentlichkeit wie der Geschichtswissenschaft vervielfacht worden und der Holocaust wurde vor allem seit den 80er Jahren immer mehr zum Gegenstand öffentlicher Debatten, etwa über die deutsche Identität - aber doch nur als

Metapher. Nicht die Kenntnisse über den Genozid nahmen zu, sondern nur die Zahl derer, die darüber redeten. In der deutschen Wissenschaft blieb die Beschäftigung mit dem Holocaust das Metier weniger Spezialisten. Im Vergleich zu anderen Ländern, den USA, Israel und Polen vor allem, war der deutsche Beitrag zur empirischen Erforschung der Judenverfolgung und -vernichtung in Europa insgesamt gering.

Gleichwohl - seit den frühen 80er Jahren setzten doch auch neue Entwicklungen ein, insbesondere in der Forschung selbst und nicht zuletzt in Absetzung von der eben geschilderten Entwicklung. Zum einen verlagerten sich die wissenschaftlichen Debatten über „Faschismus oder Totalitarismus“ und „Hitlerismus oder Polykratie“, die sich in erster Linie auf die innere Struktur des Regimes, die Rolle der traditionellen Eliten und die Prozesse der Entscheidungsfindung innerhalb der Regimeführung und nicht zuletzt auf die Außenpolitik des Regimes konzentriert hatten, nun auch auf die Diskussion über den Entscheidungsprozeß bei der Ingangsetzung der „Endlösung“. Schon in den 70er Jahren waren starke Zweifel daran aufgetaucht - vor allem in den Arbeiten von Adam, Broszat, Mommsen, die man von nun an „Strukturalisten“ zu nennen begann -, ob eine Reduktion des Entscheidungsprozesses bei der Ingangsetzung der Judenvernichtung auf die Weltanschauung, den Willen und den Befehl Hitlers der historischen Wirklichkeit entsprachen, wie dies traditionellerweise jene Historiker getan hatten, die nun mit dem Titel „Intentionalisten“ versehen wurden. Hier entstand nun eine Debatte, die für die historische Wissenschaft und das öffentlich wahrgenommene Bild des Judenmords bald nachhaltige Bedeutung gewann. Die Strukturalisten arbeiteten nämlich heraus, daß mit der Politik der Judenvernichtung zahlreiche Ressorts und außerstaatliche Interessengruppen befaßt gewesen seien und die einseitige Heraushebung Hitlers nicht nur falsch sei, sondern auch zur Entlastung der übrigen daran direkt oder indirekt beteiligten Personenkreise beitrage. Die Ingangsetzung des Genozids sei dagegen nicht auf einen einmaligen, einheitlichen Anstoß und wohl auch nicht auf einen „Führerbefehl“ zurückzuführen, sondern habe sich im Verlaufe eines dynamischen Prozesses in den Jahren 1941/42 allmählich herausgebildet - ein Prozeß der „kumulativen Radikalisierung“. Durch diese Thesen bewirkten die Strukturalisten einen anderen, schärferen und zugleich weiteren Blick auf die nationalsozialistische Massenvernichtungspolitik, ihre Ursachen und ihre Auswirkungen.

Allerdings blieben auch sie von dogmatischen Verengungen nicht frei. Die Bedeutung rassistischer und gerade antisemitischer Ideologien für das Denken und Handeln großer Bevölkerungsgruppen wie für die spezifisch nationalsozialistischen Weltanschauungseliten blieben ihnen fremd. Der Prozeß der Ingangsetzung des Massenmords wirkte in dieser

Sichtweise wie ein Automatismus ohne beteiligte Menschen, ohne Täter vor allem. Bemerkenswert ist zudem, daß diese Thesen nicht zu einer Intensivierung der Forschung führten, sondern lediglich zu einem Krieg der Interpretationen auf der gleichen, dünnen empirischen Grundlage.

Dieses unübersehbare Defizit war jedoch nicht, wie zuweilen vermutet, auf die mangelhafte Quellenbasis zurückzuführen. Zwar waren die meisten Archive der Ostblockstaaten westlichen Historikern bis 1990/91 verschlossen, aber die zugänglichen Archivbestände im Westen und vor allem die Unterlagen der westdeutschen Ermittlungs- und Strafverfahren gegen NS-Täter waren derart voluminös, daß sie eine intensive Forschungstätigkeit ermöglicht hätten; und Veröffentlichungen wie die von Wolfgang Scheffler und Adalbert Rückerl sowie die Publikation von - zum Teil außerordentlich umfangreichen und differenzierten - Gerichtsurteilen boten hierzu wichtige Hinweise. Vielmehr kam bei der sich rasch verbreiternden Debatte zwischen „Intentionalisten“ und „Strukturalisten“ auch die Auffassung zum Ausdruck, daß man über das Mordgeschehen selbst hinreichend informiert sei, während das eigentliche Problem in dessen politischer Einordnung und säkularer Interpretation bestehe. In dieser Überzeugung, die ja eine verbreitete Ansicht in der Öffentlichkeit widerspiegelte und bis heute fortwirkt, kann man in der Tat die fortgesetzte Weigerung erkennen, sich ungeschützt und direkt mit dem Geschehen selbst auseinanderzusetzen. Die Konzentration auf die Interpretation des Völkermords, auf die daraus zu ziehenden Schlußfolgerungen hat insoweit stark entlastende Wirkungen, ein Vorgang, der 1986/87 bei dem - wissenschaftlich ganz unergiebigem - Historikerstreit deutlich in den Vordergrund trat.

Aus der Kritik an den steril gewordenen Debatten über Intentionalismus und Strukturalismus aber entwickelten sich bereits seit Mitte der 80er Jahre neue Fragen und Ansätze, insbesondere eine Hinwendung zum Konkreten, Empirischen, aus der schließlich auch Entwicklungen wie die Alltags- und Mentalitätsgeschichte der NS-Diktatur erwachsen. Im Zusammenhang mit der Erforschung der nationalsozialistischen Judenpolitik lag deren Bedeutung in einer Art von Rekonkretisierung der Geschichte des NS-Regimes; vor allem, weil hier versucht wurde, die Opfer der nationalsozialistischen Terror- und Vernichtungspolitik selbst in den Mittelpunkt zu stellen, und zwar in zunehmendem Maße *alle* Opfer. Dies fand in einer wachsenden Zahl von Studien über „Zigeuner“, Behinderte, „Asoziale“, Homosexuelle, Kriegsgefangene, Zwangsarbeiter und andere verfolgte Gruppen seinen Ausdruck. Dadurch wurde es nun allmählich auch möglich, die rassistische Politik des Regimes als Einheit zu begreifen und ihre Traditionen in der deutschen Geschichte

freizulegen. Die rassenhygienisch motivierte Verfolgung der verschiedenen Opfergruppen in Deutschland und das Vorgehen gegen die Angehörigen der slawischen Völker und vor allem gegen die Juden wurden nun langsam auch konzeptionell als miteinander in Zusammenhang stehend erkannt und untersucht.

Dabei war es kennzeichnend, daß die wichtigen neuen Impulse nicht aus dem Kreise derer kamen, die bis dahin die Diskussion um die Interpretation des Holocaust angeführt hatten. Es bedurfte offenbar des distanzierten Blicks von außen, um zu erkennen, daß die Debatte in eine Sackgasse geraten war. Hierbei standen vor allem vier Ansätze im Vordergrund. Zum einen die bereits angesprochenen, aus der Alltags- und Mentalitätsgeschichte herrührenden Impulse; zweitens die zunehmende Wahrnehmung der internationalen Forschung, die nicht zuletzt vor allem durch das vom Institut für Zeitgeschichte initiierte Projekt zur Erforschung der Gesamtzahl der ermordeten Juden befördert wurde; drittens die von der Gruppe um den Berliner Historiker Wolfgang Scheffler forcierten Bemühungen um die intensive Nutzung der Unterlagen der deutschen Justizbehörden für die Erforschung des Holocaust. Auf diese Weise wurde die Eingrenzung der Wahrnehmung auf die Berliner Zentrale durchbrochen, und eine Vielzahl von Tätern, Tatorten, Tathergängen und Opfern kam in den Blick.

Der vierte Impuls ging aus von der Publikationsreihe „Beiträge zur nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik“ und ihrem Mentor, dem Berliner Historiker Götz Aly. Ursprünglich hatte sich das Interesse Alys und der Mitherausgeber der Reihe vor allem auf die „Euthanasie“-Politik des Regimes und die Rolle von Ärzten, Krankenanstalten und „Bevölkerungsexperten“ in diesem Zusammenhang gerichtet. Dadurch gerieten jene vermeintlich unpolitischen wissenschaftlichen Institutionen der Politikberatung ins Blickfeld, die nun in verschiedenen Politikbereichen genauer untersucht wurden. Auf diese Weise wurde die Reduktion nationalsozialistischer Rasse- und Bevölkerungspolitik auf Partei- und SS-Institutionen sukzessive zerstört, und die Bedeutung der traditionellen Eliten in Verwaltung, Wissenschaft und Industrie in diesem Zusammenhang trat stärker ins Bewußtsein. In dem 1991 erschienenen Buch „Vordenker der Vernichtung“ versuchten Susanne Heim und Götz Aly, diesen Ansatz auch auf die Ingangsetzung des Massenmords an den Juden zu übertragen. Bei ihren Nachforschungen kamen vielfältige Schriften und Konzepte aus Universitäten und Instituten zum Vorschein, in welchen die Entwicklungs- und Modernisierungsdefizite der Staaten Mittel- und Osteuropas auf die zu hohe Bevölkerungszahl jener Regionen zurückgeführt und eine Reduzierung der Bevölkerungszahl zur Voraussetzung einer nachhaltigen, unter deutscher Großraumherrschaft durchzuführenden Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in diesen Ländern erklärt wurde. Nicht wenige dieser Experten finden

sich nach Kriegsbeginn in den Stäben der deutschen Besatzungsverwaltungen in Osteuropa wieder. Hier, so folgerten Aly und Heim, liege der rationale Ansatzpunkt der nationalsozialistischen Judenpolitik in Osteuropa, vor allem in Polen, seit 1939/40, und formulierten daraus die These von der „Ökonomie der Endlösung“, die auf ein lebhaftes Echo, darunter auch auf viel Kritik stieß.

Daß es solche Konzepte und wissenschaftliche Ausarbeitungen überhaupt gab, war das eigentlich Sensationelle dieses Buches; auch wenn man Heims und Alys Schlußfolgerungen, wonach hier der eigentliche Antrieb für die Ingangsetzung des Genozids liege, nicht folgen mochte. Offen blieb jedoch die Einordnung dieser wirtschafts- und bevölkerungspolitischen Konzepte in die Analyse des Gesamtvorganges der Ingangsetzung der „Endlösung“. Ohne die Berücksichtigung solcher Konzepte, durch die die Ausrichtung größerer Teile offenbar gerade der jüngeren deutschen Sozialwissenschaftler an der Zielsetzung einer kontinentalimperialistischen Expansionspolitik Deutschlands in Mittel- und Osteuropa offenbar wurde, ist dieser Gesamtvorgang nicht entschlüsselbar - das muß man gegen manche Kritik doch festhalten. Aber es blieb unklar, in welcher Weise sich diese vermeintlich außerideologischen Konzepte mit den politischen Einstellungen der Nationalsozialisten und der deutschen Rechten insgesamt verbanden. War der Antisemitismus nur eine *Massensuggestion*, hinter der sich in Kreisen der wissenschaftlichen Eliten nüchternes Kalkül und kühle Berechnungen verbargen? Wurde der verbreitete Judenhaß der Nationalsozialisten nur genutzt, um bevölkerungspolitische Zielsetzungen gegenüber einer ohnehin entrechteten Gruppe leicht durchsetzen zu können, wie die Autoren vermuteten?

In seinem im Jahre 1995 erschienenen Buch „Endlösung. Völkerverschiebung und der Mord an den europäischen Juden“ hat Aly seine Thesen jedoch stark modifiziert. Hatte er bis dahin einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen bevölkerungs- und wirtschaftspolitischen Planungen und der „Umsetzung“ in die Realität des Massenmords postuliert, so kehrte er dieses Verhältnis nunmehr um: Voraussetzung für die Ingangsetzung der Vernichtungsmaschinerie seien nicht die Planungen, sondern das vielfache und unausgesetzte Scheitern der verschiedenen Konzeptionen und Pläne gewesen. Als Ausgangspunkt nimmt Aly hierbei die beim Hitler-Stalin-Pakt vereinbarten „Umsiedlungen“ der sogenannten „Volksdeutschen“ aus Ost- und Südosteuropa. Als die ersten Zehntausende Menschen dieser Gruppe im deutschen Machtbereich angekommen seien, sei eine folgenschwere Kettenreaktion in Gang gekommen: Um für die Umsiedler Platz zu schaffen, seien Polen und vor allem Juden in großer Zahl aus dem Warthegau und anderen Regionen ausgesiedelt worden, ohne daß für diese Menschen irgendwelche Vorkehrungen getroffen worden seien.

Nun setzte ein Prozeß immer weiterreichender Deportationspläne ein, zusammengehalten durch die Utopie der „völkischen Flurbereinigung“ Mitteleuropas. Im Zentrum dieser „Verschiebungs“- und Deportationspläne standen die Juden, die man ganz aus dem deutschen Einflußbereich hinausdrängen wollte - in die östlichen Regionen des Generalgouvernements, nach Madagaskar, ans Eismeer in Nordrußland. Da kein Machträger des NS-Regimes sich bereit fand, die Juden auf Dauer in „seinem“ Bereich aufzunehmen, entwickelte sich hierbei ein System von Zwischenlösungen und Kompromissen, die schon wegen der dabei entstehenden und allenthalben beklagten „unhaltbaren Zustände“ auf eine endgültige, eine „Endlösung“ drängte; bis schließlich als Konsequenz des Scheiterns der verschiedenen Deportationspläne mit der Ermordung der überflüssig gewordenen und nicht anzusiedelnden Juden begonnen wurde. Es waren, wie Aly herausarbeitet, im wesentlichen die gleichen Männer, die für die Umsiedlung und Ansiedlung der Deutschen aus der Sowjetunion zuständig waren und anschließend die Deportation und Ermordung der Juden organisierten - Adolf Eichmann zum Beispiel und viele andere Referenten des RSHA.

Alys Analyse stellt einen wichtigen Fortschritt insofern dar, als sie die bis dahin bloß behauptete These von der allmählichen Radikalisierung der Judenpolitik im Zuge des Scheiterns verschiedener Alternativprojekte auf eine empirische Basis gestellt hat. Die Ingangsetzung der Ermordung der Juden wird hier in den Kontext der deutschen Bestrebungen gestellt, in Mittel- und Osteuropa eine „völkische Flurbereinigung“ in Angriff zu nehmen, die unmittelbar nach Kriegsbeginn in Polen einsetzte und perspektivisch die Neuordnung Osteuropas bis hin zum Ural umfassen sollte - mit der „Verschiebung“ von Millionen Menschen, wie dies in den verschiedenen Fassungen des „Generalplan Ost“ konzipiert wurde, den Himmler in seiner neuen Eigenschaft als „Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums“ ausarbeiten ließ.

Eine Reihe von Fragen blieb allerdings offen. Die Radikalisierung der Judenpolitik war danach also nicht mehr Ausdruck langfristiger Konzeptionen, sondern vielmehr das Ergebnis des Scheiterns immer neuer und weiter ausgreifender Pläne zur Deportation der Juden - eines Prozesses, der sukzessive und in Sprüngen verlief und zu jeweils situativ getroffenen Entscheidungen veranlaßte. Zudem bezogen sich solche Pläne, wie sie dann im „Generalplan Ost“ kumulierten, nie allein auf die Juden, sondern ebenso auf die Polen, die Russen oder auch die gesamte Bevölkerung in den östlich von Deutschland gelegenen Ländern. Aber, so muß man doch hervorheben, allein gegenüber den Juden verwandelte sich das Scheitern der Deportationspläne in die Praxis des Genozids - also gegenüber eben jener Gruppe, die in der politischen Ideologie des Nationalsozialismus als schärfster Feind gebrandmarkt worden war

und die seit dem Machtantritt der Nationalsozialisten in Deutschland innerhalb weniger Jahre massiv verfolgt und entrechtet wurde. Welche Rolle also spielte hierbei der Antisemitismus? In welcher Weise waren situativ entstandene - tatsächliche oder vermeintliche - Zwangslagen mit längerfristigen Einstellungen und Zielsetzungen verbunden? In welchem Verhältnis standen ideologische Faktoren wie Rassismus und Judenhaß zu zweckbezogenen, „rationalen“ Motiven wie wirtschaftlicher Modernisierung oder Nahrungsmittelknappheit? Wie verbanden sich individuelle und situative Motive der Täter und Verantwortlichen mit einer allgemeinen, gegen die Juden gerichteten Dynamik der Gewalt?

Diese Fragen bündelnd kann man zwei Hauptlinien der Ingangsetzung des Genozids herausheben: Auf der einen Seite solche Zielsetzungen oder Konzepte, die bei der Durchsetzung weitreichender kontinentalimperialistischer Zielsetzungen das Schicksal der autochthonen Bevölkerungen als *quantité négligable* ansahen, sich an einem moralentleerten Utilitarismus orientierten und sich in denkbar vielfältigen Formen situativer Zwänge jeweils aktualisierten. Auf der anderen Seite der rassistische Antisemitismus, der die Vertreibung, oder, um mit Goldhagen zu sprechen, die Eliminierung, schließlich auch die Ermordung eines Teils oder aller Juden in den Vordergrund stellte. Beides allerdings steht in spezifischen, miteinander verwandten Traditionsbezügen - der Politik Deutschlands und der anderen Großmächte in den Kolonien, insbesondere Afrikas, und der langen Tradition der Planungen für ein deutsches quasi koloniales Hinterland in Ost- und Südosteuropa einerseits, der Tradition des modernen Antisemitismus andererseits. Beide Entwicklungen begannen sich seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts zu entfalten und erreichten seit der Jahrhundertwende und dann wiederum im Ersten Weltkrieg erste Höhepunkte.

Insgesamt zeichnet sich ab, daß vor allem drei neue Ansätze die Forschung wie die öffentliche Diskussion in der Gegenwart und vermutlich auch in Zukunft besonders herausfordern: Dabei sind an erster Stelle jene Ansätze hervorzuheben, die den politischen und ideologischen Zusammenhang zwischen den einzelnen Verfolgungs- und Ausrottungsmaßnahmen der Nationalsozialisten betonen und dabei herausarbeiten, daß der nationalsozialistische Rassismus nicht als ideologische Phantasterei einiger Fanatiker zu betrachten ist, sondern als Konzeption, die rassenhygienische und rassenanthropologische Ansätze zusammenführte und als wissenschaftlich fundiert und modern von denen begriffen wurde, die es in der Wissenschaft, den staatlichen Behörden, nicht zuletzt aber bei der jungen Führerelite von Sicherheitspolizei und der SS, vertraten und umsetzten. Es zeichnet sich ab, daß daraus eine

intensive Debatte über den Stellenwert und den Charakter der nationalsozialistischen „Weltanschauung“ für die Machthaber des Regimes, die Funktionsebenen wie für die deutsche Bevölkerung selbst erwachsen wird; wobei die Herausforderung wohl darin besteht, dies auf der Grundlage der mittlerweile gewonnenen Erkenntnisse über Struktur und Prozeßhaftigkeit der Inangsetzung der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik zu tun.

Der zweite, auch auf längere Sicht wichtige neuere Ansatz ist die Ausweitung des Blicks auf alle von Deutschland besetzten oder von ihm abhängigen Länder. Wer sich nebeneinander mit der Geschichte der Verfolgung und Vernichtung der Juden aus Polen, der Sowjetunion, Jugoslawien, Griechenland, Frankreich und Holland auseinandersetzt, wird einerseits in der Lage sein, die Unterschiedlichkeit der Ausgangsbedingungen, der Reaktionen der einheimischen Bevölkerungen, der Vorgehensweise der Deutschen usw. zu erkennen. Zugleich werden aber deutlich gewisse Muster erkennbar, insbesondere in Bezug auf die Entschlossenheit der deutschen Behörden und vor allem der Sicherheitspolizei, in jedem Fall und unter allen Umständen, selbst unter Hintansetzung anderer wichtiger politischer oder militärischer Ziele, die Juden eines Landes zu ergreifen, zu deportieren und umzubringen. Vor allem die deutsche Geschichtswissenschaft muß hier ihren Gesichtskreis erweitern und nicht nur die Entwicklung in Deutschland oder die Handlungsweise der deutschen Führung, sondern die Entwicklung im gesamten deutschen Machtbereich während des Krieges als ihre ureigene Aufgabe verstehen.

Ein dritter Bereich schließlich, in dem in Zukunft auch in Deutschland verstärkt geforscht werden wird, wird die vergleichende Diktaturforschung sein. Dies stößt bei vielen auf Widerwillen und Skepsis, weil sie befürchten, dies könne zur Verharmlosung und Relativierung der nationalsozialistischen Massenvernichtungspolitik führen. Dies ist gewiß nachvollziehbar, aber nicht überzeugend. Denn zum einen ist die Tatsache, daß sich in den 30er und 40er Jahren dieses Jahrhunderts in zwei europäischen Großmächten Diktaturen etablierten, in deren Verlauf Millionen von Menschen auf staatliche Anordnung hin umgebracht wurden, schon als solche so bemerkenswert, daß jeder Versuch, eine vergleichende Analyse beider Systeme und ihrer Politik des Massenmords aus den genannten Befürchtungen heraus zu verhindern, nicht nur wissenschaftlich unhaltbar, sondern ja auch ganz vergeblich wäre. Zum anderen kann man nur Verschiedenes vergleichen; ein Vergleich ist keine Gleichsetzung, sondern die exakte Bestimmung von Unterschieden und Ähnlichkeiten. Die These hingegen, daß die nationalsozialistische Judenverfolgung eine Art von putativer Notwehr des deutschen Bürgertums angesichts der Greuel der

Oktoberrevolution gewesen sei (Nolte), entsprang nicht dem Vergleich, sondern motivierte das eine durch das andere - und wurde einhellig zurückgewiesen.

Es haben sich aber beim öffentlichen Umgang mit dieser Thematik auch problematische Tendenzen gezeigt. Die Debatten über NS-Regime und Holocaust waren in Deutschland vor allem seit den 80er Jahren häufig durch politische Ereignisse angestoßen oder ausgelöst worden. So rückte die Rede des Bundespräsidenten von Weizsäcker zum 40. Jahrestag des Kriegsendes im Mai 1985 die Vielzahl der Opfer der nationalsozialistischen Terror- und Verfolgungspolitik ins Bewußtsein der Deutschen; die in der gleichen Zeit stattfindende Debatte um den Besuch des amerikanischen Präsidenten Reagan in Bitburg und Bergen-Belsen hatte vor allem in den USA eine breite Mobilisierung gegen diese als Rehabilitierung der Täter wahrgenommene politische Geste Reagans zur Folge und führte zur stärkeren Politisierung des historischen Bewußtseins der jungen amerikanischen Juden, was sich unmittelbar auf die Verhältnisse in der Bundesrepublik niederschlug, deren Umgang mit der NS-Vergangenheit nun wieder unter viel stärkerer, zum Teil argwöhnischer Beobachtung aus den USA und anderen Ländern stand, als dies jahrelang der Fall gewesen war. In den späten 80er Jahren entwickelte sich daraus in der Bundesrepublik eine heftige Auseinandersetzung zwischen bekannten Soziologen, Historikern und Publizisten um eben diese Frage des Umgangs mit der NS-Zeit und insbesondere dem Mord an den Juden („Historikerstreit“), der zu scharfen politischen Frontbildungen führte. Nach der deutschen Wiedervereinigung wurde zudem deutlich, daß in der DDR diese intensive Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit zugunsten eines eher staats- und parteioffiziellen Antifaschismus die Bevölkerung viel weniger berührt und interessiert hatte. Die an Intensität noch zunehmende Auseinandersetzung mit der NS-Zeit blieb auch in den Folgejahren im wesentlichen ein Phänomen im westdeutschen Teil der Bundesrepublik. Mit der Forderung nach Entschädigung der osteuropäischen und jüdischen Zwangsarbeiter, die jahrzehntelang von deutschen Unternehmen ebenso wie von Seiten des Staates verweigert worden war, wurde in den 90er Jahren eines der düstersten Kapitel dieser Jahre zum Gegenstand langanhaltender Debatten. Und mit der Hamburger Ausstellung „Die Verbrechen der Wehrmacht“, die auf massive Proteste vorwiegend rechtsgerichteter Organisationen und Veteranenverbände stieß, wurde eines der letzten großen Tabus, nämlich die Verwicklung der Wehrmacht in die deutsche Mordpolitik im Osten, aufgebrochen.

Diese öffentlichen Diskussionen waren zudem begleitet von umfangreichen wissenschaftlichen Forschungen, die seit den 80er Jahren unsere Kenntnisse und Einsichten in Umfang und Art der deutschen Verbrechen während der Kriegsjahre erheblich erweitert haben. Selten zuvor standen wissenschaftliche Arbeiten von Historikern so im Zentrum des Interesses einer breiten

Bevölkerungsgruppe. Fernsehdokumentationen über die NS-Zeit, wenngleich von sehr unterschiedlicher Qualität, gehören bis heute zu den Sendungen mit den höchsten Einschaltquoten; und manche Bücher über die NS-Zeit – vor allem Memoiren, aber auch wissenschaftliche Bücher mit populärem oder sensationellem Einschlag wie diejenigen von Goldhagen und Finkelstein – stehen monatelang auf den Bestsellerlisten.

Die Dauer und Intensität dieser Debatten mag übertrieben, ja nachgerade manisch erscheinen. Viele Hinweise zeigen auch, daß sich hierbei mittlerweile gewisse Stilisierungen und Verflachungen ergeben haben, die der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit zum Teil einen etwas schalen Geschmack verleihen. Im Ganzen aber sind dies Marginalien; wichtiger ist, daß sich in diesem langen, schmerzhaften und in der Regel doch ernsthaften Prozeß einer öffentlichen Dauerdebatte um die Ursachen und Folgen des „Dritten Reiches“ allmählich eine ausgeprägte Sensibilität in der Öffentlichkeit Westdeutschlands in Bezug auf die NS-Vergangenheit und aktuelle Erscheinungsformen von Nationalismus und Rassismus entwickelt und das politische wie individuelle Selbstverständnis der Deutschen stark geprägt hat; und zwar in zunehmendem Maße unabhängig von der parteipolitischen Option der einzelnen. Nicht also die „Bewältigung“ der Vergangenheit, die ja einen abschließbaren Vorgang suggeriert, sondern die scharfe, auf Personen wie auf Strukturen und Institutionen hin geführte und eminent politische Debatte über die Schuld an den Verbrechen der NS-Zeit, in der die deutsche Gesellschaft sich und ihre Vorgeschichte selbst zum Gegenstand gemacht hat, hat dazu geführt, daß sich ein antinationalsozialistischer und, ins Positive gewendet, demokratischer Konsensus jedenfalls in großen Teilen der deutschen Bevölkerung und in ihren Eliten herausbilden konnte. Dieser Konsensus ist nicht ungefährdet, aber er ist stabil; und dies gerade deshalb, weil er nicht aus akklamativen Gesinnungsbekundungen resultiert ist, sondern aus einer langen, zum Teil aggressiven, vor allem aber öffentlichen Debatte, die das Handeln der Eliten während der NS-Zeit ebenso einbezog wie das Verhalten der Einzelnen.